

Vera King
Ilse Aigner

Vertrauen als Wagnis und als Ressource

Erodiert ein Grundpfeiler
unserer Demokratie?



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Akademiegespräche im Landtag

Vertrauen als Wagnis und als Ressource
Erodiert ein Grundpfeiler unserer Demokratie?

Akademiegespräche im Landtag



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Herausgegeben von:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de



**Bayerischer
Landtag**

In Kooperation mit:

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81675 München
www.bayern.landtag.de

Vera King
Ilse Aigner

Vertrauen als Wagnis und als Ressource

Erodiert ein Grundpfeiler unserer Demokratie?

Veranstaltung vom 14. Mai 2025

Tutzing 2026

Ilse Aigner ist seit November 2018 Präsidentin des Bayerischen Landtags, dessen Mitglied sie bereits von 1994 bis 1998 war und dem sie seit 2013 als direkt gewählte Abgeordnete des Stimmkreises Miesbach wieder angehört. In den dazwischenliegenden Jahren war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2008 bis 2013 gehörte sie als Landwirtschaftsministerin der Bundesregierung an und wirkte anschließend bis 2018 als stellvertretende Bayerische Ministerpräsidentin sowie als Staatsministerin unter anderem für Wirtschaft und Medien sowie Wohnen, Bau und Verkehr. Seit 1985 engagiert sich Ilse Aigner in der CSU, deren Bezirksverband Oberbayern sie seit 2011 vorsitzt.

Prof. Dr. Vera King studierte Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft. Ab 2002 war sie Professorin für Sozialisations- und Entwicklungsforschung an der Universität Hamburg, bevor sie 2016 auf die Professur für psychoanalytische Sozialpsychologie und Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main berufen wurde und zudem die Position der Geschäftsführenden Direktorin des dortigen Sigmund-Freud-Instituts übernahm. Sie wirkte auch im Forschungsverbund »ConTrust: Vertrauen im Konflikt. Politisches Zusammenleben unter Bedingungen der Ungewissheit« mit, der unter anderem Dynamiken und Konzeptionen demokratischen Vertrauens untersuchte.

Inhalt

Begrüßung durch Ilse Aigner, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags	7
Einführung durch Prof. Dr. Ursula Münch Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	11
Impulsvortrag von Prof. Dr. Vera King Professorin für Soziologie und psychoanalytische Sozialpsychologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main / Geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts, Frankfurt am Main	15
Diskussion	23



Begrüßung durch Ilse Aigner, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Münch, sehr geehrte Frau Prof. Dr. King, herzlich willkommen, schön, dass Sie heute da sind. Gemeinsam mit meinen Vizepräsidenten Tobias Reiß und Alexander Hold freue ich mich, dass ich wirklich sehr viele hochkarätige Gäste heute begrüßen darf. Frau Prof. Holzheid, meine Kollegen, die ich alle sehr herzlich begrüße, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Präsidiumsmitglieder, ehemalige Vizepräsidenten, Sie alle sind heute herzlich willkommen, natürlich auch das diplomatische Korps, die Herrschaften aus der Justiz, aus Kommunen, Landkreisen, Vertreter der Verwaltungen und von vielen Verbänden, Organisationen und Medien. Es sind heute sehr viele Menschen, sehr viele hochkarätige Gäste zum Akademiegespräch zu uns in den Bayerischen Landtag gekommen. Und, sehr geehrte Frau Prof. Münch, das machen wir gerne gemeinsam. Volles Haus. Schön, dass Sie alle da sind!

Meine Damen und Herren, wir leben in durchaus anspruchsvollen Zeiten, turbulent in vielen Bereichen. Wir haben nach wie vor Krieg vor unserer Haustüre, es gibt Herausforderungen in der Wirtschaft und wir kämpfen mit Herausforderungen bei der Migration. Es ist so, dass sich viele Menschen im Moment fragen, was die Herausforderung für die Zukunft ist. Manche schauen auch mit

Angst in die Zukunft, in die nächste Zeit, und das hat auch Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, auf das Zusammenleben, auf die Demokratie, die infrage gestellt wird. Es ist eine doppelte Herausforderung für uns in der Politik, weil wir natürlich Lösungen anbieten, uns der Sorgen und Nöte der Menschen annehmen müssen und wollen und natürlich, weil es auf der anderen Seite auch viele Menschen gibt, Populisten, die diese Ängste ganz bewusst schüren und versuchen, daraus Kapital zu schlagen.

Also, wir haben in diesen Zeiten eine sehr komplexe Herausforderung, und diese zusätzlich mit ganz neuen Kommunikationskanälen, die wir bis vor einigen Jahren überhaupt noch nicht kannten. Heute informiert jeder Sender über das, was er für richtig hält. Ob es wahr ist oder nicht, sei dahingestellt, aber es ist auf allen Kanälen so. Es ist eine Informationsflut, die auf uns einströmt, Informationen, die gleichwertig und scheinbar auch gleichgewichtig nebeneinander stehen. Und es ist so, dass auf der einen Seite für diejenigen, die ohnehin Angst haben, die Meldungen auch noch wie in einer Echokammer verstärkt werden und auf der anderen Seite, gerade durch die neuen Medien, derjenige, der Angst sät, auch noch zusätzlich Zuspruch bekommt. Das sind letztendlich die Algorithmen, die das hochspielen. Das heißt ganz konkret: Angst bedeutet letztendlich Macht.

Hier ist, meine Damen und Herren, die Politik ganz besonders herausgefordert, weil das Gegenteil von Angst nicht Mut, sondern Vertrauen ist. Vertrauen ist die größte Währung, die wir in der Politik brauchen. Wir werden in der Tat immer wieder vor große Herausforderungen gestellt. Die Menschen sind verunsichert. Viele fragen sich, was man eigentlich glauben soll oder darf, es gibt unterschiedliche Meinungen, die gegeneinander stehen. Die einen sind für grünen Strom, die anderen für Atomkraft, Waffenlieferungen ja oder nein, Wärmepumpen ja oder nein, Erderwärmung, Klimaerwärmung, woher auch immer, der Klimawandel ist angekommen, die Kriminalität. Die einen sagen so, die anderen ganz anders.

In einem Meer aus Informationen und Desinformationen, in einem Stimmen- und Stimmungsgewirr ringen wir als Politikerinnen und Politiker, als Legislative, Exekutive, Judikative, als Verwaltung, als Staat, und auch als Verfassungsorgane rund um die Uhr um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dies ist eine tägliche Herausforderung, vor allem deshalb, weil es Kräfte gibt, die unserer Demokratie durchaus feindlich gegenüberstehen und die genau dieses Chaos wollen, diese Erschütterung, diese Verunsicherung, die Unsicherheit, weil es letztendlich sogar ein Geschäftsmodell ist. Es besteht auch darin, dass

sie das Vertrauen – nochmals, das Vertrauen in den Staat – bewusst zu untergraben versuchen und Misstrauen säen gegenüber der Politik, gegenüber uns etablierten Parteien sowieso, insgesamt gegenüber Behörden, Gerichten, dem Verfassungsschutz, den verfassungsrechtlichen Institutionen, auch den Medien, dem öffentlichen Debattenraum und nicht zuletzt auch dem zivilgesellschaftlichen Engagement.

Ziel ist es, neue Autoritäten zu installieren beziehungsweise hervorzubringen, schlicht und ergreifend auch den Geist der Unversöhnlichkeit weiter voranzubringen. Wenn wir eines Beweises bedurften, dann können wir über den großen Teich schauen, auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wo dieses System, für meine Begriffe dieser Kulturkampf erschreckend vorangeschritten ist, mit viel Verächtlichmachung derjenigen, die anders denken. Hass und Hetze sind an der Tagesordnung und letztendlich geht es auch immer wieder ein Stück weit um die Spaltung der Gesellschaft.

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedarf, blicke ich auf die letzte Woche zurück. Ich durfte in Berlin bei der Wahl des Bundeskanzlers dabei sein. Wenn man in manche Gesichter geschaut hatte, in denen man fast schon Schadenfreude erkennen konnte, dass der erste Wahlgang nicht gelungen war, war das für mich schon bezeichnend. Ich glaube, einige hätten sich sehr darüber gefreut, wenn es in eine Staatskrise gemündet wäre, das ist es, Gott sei Dank, nicht. Aber das wäre vielleicht für manche durchaus das Ziel gewesen, das Land ein Stück weit in die Unregierbarkeit schlittern zu sehen. Das ist nicht meine Richtung.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle täten gut daran, konstruktiv, zuversichtlich und produktiv in die Zukunft zu gehen, dass wir ein Stück weit lernen, mit einer Komplexität, die in dieser Welt nun einmal da ist, zu leben und nicht auf vermeintlich einfache Antworten hereinzufallen. Das Leben ist komplex, aber wir können es letztendlich bewältigen.

Ein anderer Punkt, der mich bewegt hat, ist folgender: Wenn ich wieder über den großen Teich schaue: Wie geht man mit solchen Botschaften um? Ein Donald Trump, der sich selbst auf den Thron des Papstes setzt, verkleidet und auch noch selbst postet – was soll uns das sagen? Betrachtet er sich letztendlich selbst als die letzte Instanz, als eine unangreifbare Autorität, oder sieht er sich als Amtsinhaber auf Lebenszeit oder spielt er schlicht und ergreifend mit ChatGPT, der Künstlichen Intelligenz, womit man heute alles machen kann? In der Kurzfassung würde ich sagen, dass ihm letztendlich nichts mehr heilig ist. Das hat mich schon etwas schockiert. Was macht man mit anderen

Regierungsträgern aus den Vereinigten Staaten, Elon Musk oder J.D. Vance, um nur zwei anzusprechen, die Meinungsfreiheit erklären und eigentlich Lügenfreiheit meinen? Das bedrückt mich schon auch.

Letztendlich, meine Damen und Herren, geht es immer wieder um eine Kampfansage an unsere regelbasierte freiheitliche Demokratie, wie wir sie, Gott sei Dank, erleben dürfen. Es ist ein Dauerfeuer, immer wieder mit denselben Mustern. Es geht um Provokationen, es werden bewusst Tabus gebrochen, Grenzen überschritten, allein deshalb, um im Gespräch zu bleiben. Es wird Verwirrung gestiftet, bis am Schluss wirklich niemand mehr weiß, was man glauben soll oder nicht. Es wird von Dingen abgelenkt, die wirklich wichtig sind, und nicht zuletzt geht es immer wieder um Verzerrungen, Fake News bis hin zu Lügen, die verbreitet werden. Meine Damen und Herren, das ist etwas, was bei uns in der Breite mittlerweile aufschlägt, und das ist für die Demokratie durchaus eine Herausforderung.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Deshalb bin ich froh, dass wir heute zu diesem Thema sprechen werden. Wie gesagt, Vertrauen ist wichtig. Ich bin froh, dass wir eine Regierungserklärung erleben durften, worüber wir jetzt diskutieren können. Man kann dafür oder auch dagegen sein, aber wichtig ist, dass man ins Tun kommt, vorankommt und sich etwas bewegt, weil letztendlich mit dem Herangehen an Lösungen auch das Vertrauen wieder wächst. Das hoffe ich im Sinne unserer Demokratie und freue mich wirklich sehr, dass wir heute diese Veranstaltung abhalten können. – Vielen herzlichen Dank. Schön, dass Sie da sind.



Einführung durch Prof. Dr. Ursula Münch Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Sehr geehrte Frau Präsidentin Aigner, ganz herzlichen Dank für Ihre Einleitung, Ihre Einladung, für Ihre freundlichen Worte. Vielen Dank auch dafür, dass wir heute eine Premiere erleben. Die Premiere ist nämlich, dass die Landtagspräsidentin heute in diesem Akademiegespräch im Bayerischen Landtag zum Thema »Vertrauen als Wagnis und als Ressource. Erodieren Grundpfeiler unserer Demokratie?« mitdiskutiert.

Die Frau Präsidentin hat bereits wichtige Punkte angesprochen. Ja, wir in der Politikwissenschaft und den Sozialwissenschaften kommen zu dem Eindruck, wie in unserem täglichen Leben, dass die großen Verheißungen der Moderne anscheinend ihre Gültigkeit verlieren, dass sich zum einen die Menschen weltweit, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Bayern und egal in welcher politischen Ordnung sie leben, zunehmend Sorgen machen und vielleicht machen müssen, dass es ihre Kinder womöglich schlechter haben werden als sie selbst. Wenn man auf unserem Niveau lebt, ist das schon etwas Bedrückendes, aber wir wissen, dass viele Menschen auf einem Niveau leben, bei dem es dann existenziell wird. Zum anderen stellen wir fest, dass das Versprechen der Demokratie an ihre Bürgerschaft, die soziale, politische und ökonomische Ordnung, in der wir als Bürger leben und arbeiten, die wir selbst gestalten beziehungsweise

mitgestalten, dass dieses Versprechen der Demokratie anscheinend an Glaubwürdigkeit verliert. Darüber möchten wir mit Ihnen als Präsidentin des Bayerischen Landtags später diskutieren.

Menschen haben den Eindruck, dass die Politik, die Medien, aber auch die Wissenschaft nichts mit ihrem eigenen Leben zu tun haben. Viele fühlen sich ohnmächtig. Wir möchten im heutigen Akademiegespräch nach den Ursachen für diesen Vertrauensverlust, aber vielleicht auch nach Lösungsansätzen suchen. Frau Präsidentin Aigner hat bereits auf den Zusammenhang von Extremismus und digitaler Zuspitzung hingewiesen. Wir werden Zeitzeugen eines Phänomens, das der US-amerikanische Philosoph Harry Frankfurt als – ich bitte den Ausdruck zu entschuldigen – demonstrativen »Bullshit« bezeichnete. Gemeint ist das Aufstellen von Behauptungen, ohne an der Wahrheitsfindung interessiert zu sein und ohne den Versuch zu unternehmen, die eigene wahrheitsindifferente Haltung zu verbergen. Ein derartiges Verhalten, egal, ob analog oder digital, widerspricht ganz offensichtlich den Anstandsregeln, gerade in einem demokratischen Verfassungsstaat wie dem unserem. Schließlich ist die Orientierung an der Wahrheit ein entscheidender Faktor für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Eine unwahrhafte Kommunikation, so Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, lässt die Kommunikation scheitern.

Das bewusste und erkennbare Lügen schadet zwar der Demokratie und dem Gemeinwohl, das ist unbestritten, aber es hat einen unschlagbaren Vorteil: Es unterhält uns, es spricht uns emotional an, und genau deshalb macht es uns zu Komplizen. – Herr Waldvogel, das kommt Ihnen bekannt vor, das haben Sie nämlich in unserer Beiratssitzung gesagt. Ich erkläre später noch, wer Herr Waldvogel ist; ich baue gerade einen Spannungsbogen auf. – Es macht uns zu Komplizen. Die Lügner, die cleveren Betrüger, sie ernten unsere Reaktionen, unsere Likes, unsere Aufmerksamkeit, unsere Sympathie. Diejenigen, die zu Anstand mahnen und es für erforderlich halten, die digitalen Netzwerke und damit die großen Geldmaschinen zu regulieren, geraten in die Defensive. Sie werden als bevormundende Spaßverderber abgewertet. In der Wahrnehmung des US-amerikanischen Vizepräsidenten sind sie sogar diejenigen, die angeblich die Meinungsfreiheit unzulässig beschränken.

Diese demonstrative Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheitsfindung wirkt zersetzend auf unsere Gesellschaft, auf die Demokratie, auf die parlamentarischen Prozesse. Es kommt noch etwas anderes dazu, das Phänomen der Liar's-Dividende, der Vorteil des Lügners. Es ist inzwischen kinderleicht, man könnte auch sagen »KI-leicht«, wahrheitsgemäße Berichterstattung über

Verfehlungen oder Skandale als Deepfakes abzuwehren. Man könnte behaupten, dass die Beweise manipuliert sind, und denunziert so jedes noch so seriös arbeitende Rechercheteam oder jede noch so seriös arbeitende Redaktion als Lügenpresse. In Kombination mit all den tatsächlichen Fehlern, die Regierungen, Parteien, politisch Verantwortliche und seriöse Medien zwangsläufig und unbestreitbar machen, bereiten diese Phänomene den idealen Ausgangspunkt für die Vertiefung der Vertrauenskrise. Wenn wir uns nicht mehr sicher sein können, ob das, was wir sehen oder hören, tatsächlich authentisch ist, dann werden viele gegenüber allem misstrauisch.

Aber diese Entwicklung ist ja kein Automatismus, dies hat unbestritten etwas mit Algorithmen zu tun, aber es ist kein Automatismus. Man kann dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Wir müssen ihr meines Erachtens etwas entgegensetzen, etwas, was auch mit unserer derzeitigen Begeisterung für Bürokratieabbau möglichst vereinbar sein sollte. Dieses Entgegensetzen gehört zu den Kernaufgaben der seriösen politischen Parteien ebenso wie der Medien und der Wissenschaft und natürlich gerade auch der politischen Bildung. Deren Aufgabe besteht schließlich auch darin, Wissen in Zusammenhänge zu setzen und in Zusammenhängen zu vermitteln, gerade auch das Wissen, dass und warum wir nicht eine elektorale Demokratie sind. Wir sind ein demokratischer Verfassungsstaat, der auch die größte parlamentarische Mehrheit an Prinzipien bindet, wie zum Beispiel die Gewaltenteilung oder die Geltung der Menschenrechte für alle.

Und damit komme ich zum Verlauf des heutigen Abends. Nach dem Impulsvortrag von Frau Prof. Dr. Vera King darf ich das Gespräch zwischen der Präsidentin des Bayerischen Landtags und Frau Prof. King moderieren. Leider ist uns der Mann in der Runde – Sie sehen schon, hier vorne stehen nur drei Stühle – gestern abhandengekommen. Ich weiß, dass auch Sie das bedauern. Viele von Ihnen schauen Bayerisches Fernsehen, was man ja immer, oder zumindest fast immer, empfehlen kann. Tilmann Schöberl ist Ihnen allen bekannt, unter anderem von der Gesprächssendung »Jetzt red i«. Tilmann Schöberl musste uns gestern wegen einer Erkrankung leider absagen. Das bedauere ich sehr. Ich habe ihm natürlich bereits die besten Genesungswünsche übermittelt. Aber wir schaffen das schon, wir drei.

Damit kurz zu unserer Referentin – Sie haben es auch in Ihren Unterlagen. Frau Kollegin King lehrt und forscht an der Goethe-Universität Frankfurt, ist Professorin für Soziologie, psychoanalytische Sozialpsychologie und geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts. Dieses Institut arbeitet unter

anderem – ich zitiere – »zur Dynamik des Psychischen auch mit Blick auf die Wechselwirkungen von Gesellschaft und Individuum«. Das Institut betreibt unter anderem Forschung zu gesellschaftlichen Krisen – hier haben Sie einige, unter denen Sie aussuchen können – und zu Problemlagen wie zeitgenössischen Formen des Autoritarismus oder Antisemitismus, verknüpft mit den Dynamiken des Sozialen und Psychischen.

Nun kommt die Auflösung, wir kommen zu Herrn Waldvogel. Mein Dank gilt nämlich in diesem Zusammenhang einem Mitglied des Beirates der Akademie für Politische Bildung, Herrn Dr. Bruno Waldvogel, Vizepräsident des Verbands Freier Berufe in Bayern und Vizepräsident der Psychotherapeutenkammer in Bayern. Er hat den Kontakt zu Frau Kollegin King hergestellt. Bevor ich Frau King auf das Podium bitte, möchte ich zunächst meinen großen Dank an das Präsidium des Bayerischen Landtags, vor allem an Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Aigner, aussprechen. Danke, dass wir das Akademiegespräch wieder im Bayerischen Landtag ausrichten dürfen. Danke für die fast reibungslose Kooperation im Vorfeld und danke – ich will es ja wieder ein bisschen spannend machen – einerseits natürlich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landtags, aber auch der Akademie für Politische Bildung. Ich bedanke mich bei all denjenigen, die mit ihrem Einsatz diesen Abend überhaupt erst ermöglichen, aber natürlich vor allem auch mein Dank an Frau King, dass Sie aus Frankfurt heute zu uns gekommen sind. Nun sind Sie an der Reihe.



Impulsvortrag von Prof. Dr. Vera King
Professorin für Soziologie und psychoanalytische
Sozialpsychologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main /
Geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts,
Frankfurt am Main

Sehr geehrte Frau Präsidentin Aigner, sehr geehrte Frau Prof. Münch, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Veranstaltung und Diskussion.

Ich werde als Auftakt zu Bedingungen des Vertrauens und Misstrauens in der Demokratie ein paar Überlegungen vorstellen. Dabei spreche ich als Sozialpsychologin, die auch untersucht, was Politisches zum Beispiel mit Gefühlen zu tun hat. Vertrauen hat ja auch eine emotionale Komponente, wir haben das eben schon gehört. Insofern spreche ich teilweise vielleicht auch aus einer ungewohnteren Perspektive. Die Frage nach dem politischen Vertrauen ist aktuell wieder in aller Munde, erscheint es doch ebenso notwendig wie fragil, geradezu flüchtig. Geopolitisch und international wird ohnehin in absehbarer Zeit ein ausgeprägtes Misstrauen dominieren, wie vielfach betont wird. Das war nicht immer so.

Bezogen auf Deutschland weisen auch jüngere Studien darauf hin, dass nur noch etwa die Hälfte der Bevölkerung Vertrauen in politische Problemlösungen hat, dass zudem ein Mangel an Vertrauen, gerade bei extremen Einstellungen, besonders markant ist, während etliche Akteure, Frau Aigner hat das ja auch betont, gezielt Misstrauen schüren. Hinzu kommt eine teils überschäumende öffentliche Aufregungsbereitschaft. Als kürzlich, auch das wurde eben erwähnt, bei der Wahl des Bundeskanzlers im ersten Wahlgang Stimmen fehlten, gab es zum einen die Schadenfreude, die Frau Aigner angesprochen hatte, zum anderen wurde auch medial die Furcht vor dem – Zitat – »totalen Vertrauensverlust der Bürger« ausgiebig ventiliert. Das heißt also, wir müssen Vertrauensschwund und Misstrauen als wirkmächtige Bestandteile der politischen Realität ernst nehmen, aber auch den öffentlichen und zum Beispiel medialen Umgang mit diesen Themen.

Zunächst: Was ist Vertrauen? – Vertrauen heißt in der Tat ein Wagnis einzugehen, nämlich der Erwartung zu folgen, dass eine einseitige Vorleistung, der oft sogenannte Vorschuss an Vertrauen, vom anderen nicht ausgenutzt wird, obwohl dieser dem Vertrauenden schaden könnte. Vertrauen heißt insofern, sich verletzlich zu machen. Von Vertrauen kann nur unter Bedingungen von Ungewissheit gesprochen werden, sonst brauchte man keines. Die Politik muss sich bemühen, als vertrauenswürdig gesehen zu werden. In einem übergreifenden Sinne ist Vertrauen notwendig, um unter Bedingungen vielfältiger Ungewissheit überhaupt handeln zu können. Also, nicht jede Mikroentscheidung lässt sich so absichern, dass sie ohne Risiko wäre, und die Bürgerinnen und Bürger können und wollen nicht alles überprüfen. Ohne Vertrauen würde es schwierig im Leben, es ist eine Ressource in Beziehungen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Bindekraft, geprägt durch Normen und Werte, ist ein gewisses Vertrauen in Institutionen, also in Politik, Recht oder Wirtschaft, für das Funktionieren unserer komplexen, modernen und demokratischen Gesellschaft notwendig. Mangelndes Vertrauen reduziert die Bereitschaft, gemeinsame Regeln oder Ziele anzuerkennen. Was es noch komplizierter macht: Vertrauen bezeichnet nicht nur eine Einstellung, sondern ist ein unverzichtbares Element des sozialen Zusammenlebens, eben auch eine Art psychische Fähigkeit, eine emotionale Bereitschaft, die sich nicht willentlich herstellen lässt – man kann nicht sagen: Jetzt vertraue! Man könnte es sagen, aber es ist eigentlich paradox –, ein Bindemittel insofern, das man nicht forcieren kann, sondern nur begünstigen. Darin liegt eine besondere Herausforderung, auch für den Umgang mit Vertrauen. Grundlagen für Vertrauen sind nicht selbstverständlich gegeben. Sie müssen gleichsam gepflegt werden, etwa die sozialen und kommunikativen Voraussetzungen.

Vertrauenswürdigkeit wird im politischen Raum als eine Art Markenqualität erachtet, während die kritische Frage, wie und wem vertraut werden kann, durch gesellschaftliche Umbrüche, Krisen oder – wir haben es eben gehört, auch von Frau Münch – die mit der Digitalisierung der sozialen Welten verknüpften Zäsuren immer wieder neue Antworten verlangt. Was dabei im Grundsatz gleich bleibt: Erfahrungen der Benachteiligung oder des Ausschlusses aus Teilhabe mindern Vertrauen, ebenso Ohnmacht oder Unberechenbarkeit der Kommunikation. Vertrauen ist aber auch nicht grundsätzlich positiv, wie es manchmal verstanden wird. Entgrenztes oder sogenanntes blindes Vertrauen kann missbraucht werden und ist mit Blick gerade auf demokratische Prinzipien ebenso dysfunktional wie ein entgrenztes Misstrauen, worauf ich noch genauer zu sprechen kommen werde. Eine aus sozialpsychologischer Perspektive unausweichliche Spannung besteht überdies darin, dass Vertrauensfähigkeit zunächst ja in Nahbeziehungen entsteht wie in vertrauensbildenden Erfahrungen der Familie. Soziales Vertrauen erweitert sich dann in Bereichen, die offenkundig über diese entwicklungspsychologischen Ursprünge hinausgehen.

Demokratisches Vertrauen ist wiederum relevant für politische Repräsentationskontexte, in denen man die verantwortlichen Akteure eben oft oder typischerweise gerade nicht persönlich kennt. Das heißt, politisches Vertrauen basiert wesentlich auf institutionalisierten demokratischen Regeln. Zugleich geben Personen dem demokratischen Prinzip auch ein Gesicht und tragen individuell Verantwortung, sodass es in der subjektiven Wahrnehmung oder auch in den Medien naheliegen kann, sich stark auf das Persönliche zu kaprizieren. Man könnte sogar sagen: Je unübersichtlicher oder ungleicher die Lebenswelten oder je bedrohlicher die Krisensituationen werden, desto mehr kann dies dazu führen, dass das Verhältnis auch zu politischen Repräsentanten teils illusionär erlebt oder präsentiert wird, also wie familiär, als wären es persönliche Beziehungen, zum Beispiel in demokratischen Gesellschaften, in denen Politiker und Politikerinnen in den Medien übermäßig als Personen ausgeleuchtet werden oder, noch problematischer, auch davon haben wir gerade gehört, wenn in autoritärer Manier die Führungsfigur ganz ins Zentrum des politischen Selbstverständnisses rückt. Im Extrem werden gerade in autoritären oder populistischen Systemen Suggestionen persönlichen Vertrauens erzeugt und die institutionalisierten, gerade nicht an Personen gebundenen Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt, also die Checks and Balances. Man könnte sogar sagen, das zentrale Element von populistischer oder autoritärer Propaganda ist eine solche Suggestion persönlicher Nähe, die dann starke Identifizierung mit der Führungsfigur erzeugen kann oder soll, die vertraut und damit als vertrauenswürdig erlebt wird, sodass dann fatalerweise demokratische Kontrolle

subjektiv womöglich als verzichtbar erlebt werden kann; denn man hat ja das Gefühl, diesem Menschen kann man sowieso trauen.

So beobachten wir seit Jahren weltweit mehr autoritäre Systeme, mehr populistische Bestrebungen, auch die Zunahme von Vertrauen in autoritäre Führungsfiguren, und komplementär die Erosion demokratischen Vertrauens in vielen Bereichen. Deutschland wirkt noch stabiler, aber auch hier finden wir wachsende Unsicherheiten, nicht zuletzt durch multiple Krisen. Diese verstärken Angst und Misstrauen einerseits, aber auch das autoritäre, blinde Vertrauen andererseits. Umso wichtiger ist es, sich die Relation von Vertrauen und Misstrauen genau anzuschauen. Mitunter wird zum Beispiel angenommen, dass beides wie auf einer Achse läge. Also, viel Vertrauen gleich wenig Misstrauen und umgekehrt; was aber zu einfach ist, und doch gibt es Zusammenhänge. Besonders deutlich wird dies, wenn es um die Extreme geht, man könnte sagen: die Entgrenzung von Misstrauen und Entgrenzung von Vertrauensschwund, die immer als Alarmsignal verstanden werden müssen.

Für die Demokratie ist es folgenreich, wenn etwa gruppenbezogene Spezialwahrheiten oder ausufernde Misstrauensnarrative, Verschwörungserzählungen durch keine Erfahrung mehr korrigierbar scheinen. Heißt dies nun, dass Misstrauen als solches schädlich oder demokratiegefährdend wäre? Gewiss nicht, kann doch eine begründete Form des Misstrauens eben gerade als grundlegend für demokratische Verfahren erachtet werden, die etwa im Sinne der erwähnten Gewaltenteilung Macht regulieren und insofern auch wieder Vertrauen ermöglichen. Man kann es so weit zuspitzen, dass begründetes Misstrauen und begründetes Vertrauen einander auch bedingen, insofern nicht einfach Gegensätze sind, und zwar weder politisch noch individuell.

Naives Vertrauen, könnte man sagen, ist ähnlich defensiv oder unproduktiv wie ein überbordendes Misstrauen. Problematisch wird es daher, wenn beides gleichsam verabsolutiert wird und polar auseinanderfällt. Eben dies tritt übrigens als Merkmal autoritärer Konstellationen hervor, also häufig totales Misstrauen nach außen – wie auch immer dieses Außen definiert wird –, während nach innen ein totales Vertrauen proklamiert oder gefordert wird. Wie funktioniert diese Bindung? In Bezug auf radikale oder populistische Gruppen wird beobachtet, dass geteiltes Dauermissstrauen auch Vergemeinschaftung fördert. In solchen Misstrauensgemeinschaften, wie es Sven Reichardt genannt hat, können passende ideologische Versatzstücke Gefühle exklusiver Zugehörigkeit und Macht mit anheizen. Solche Gruppen, solche Misstrauensgemeinschaften wählen auch eher Anführer aus, so der Psychoanalytiker Otto F. Kernberg, die

primitive Gefühle mobilisieren. Die individuelle Moral schmilzt im Einswerden mit der Gruppe und im Spiegel von Anführern geradezu weg, denen dann phasenweise grenzenloses Vertrauen entgegengebracht wird.

Allerdings psychologisch, gruppenpsychologisch und -dynamisch ist solch ein blindes Vertrauen emotional schwer durchzuhalten. Die darin mühsam verdeckte Aggression wirkt weiter, sie muss dann im Misstrauen gegen andere immer neue Ventile finden. Allein dadurch wird eine ständige wütende Ausrichtung auf Sündenböcke, Feindbilder und so weiter genährt. Entgrenztes Misstrauen kann in diesem Sinne nicht zur Ruhe kommen und neigt dazu, sich zu steigern. Die Lust an der Aggression kann dann geradezu berauschend wirken. Wie angedeutet – auch das wurde vorhin schon benannt –, wird solches Misstrauen durch soziale Medien, die eben ohnehin auf Aufmerksamkeitsbindung durch erregte Skandalisierung oder misstrauisches Raunen ausgerichtet sind, mit verstärkt. In solcher Kommunikation scheint, wie es der Kommunikationstheoretiker Neil L. Wilson genannt hat, das »Prinzip der wohlwollenden Interpretation« geradezu aufgelöst. Das heißt, im Austausch mit anderen wird dann nicht mehr davon ausgegangen oder darauf vertraut, dass auch Andersdenkende etwas Vernünftiges meinen könnten.

Welche Funktion kann solch ein generalisiertes Misstrauen, auch in Relation zum Vertrauen, erfüllen? Eine basale Bedeutung von Vertrauen lässt sich mit dem Soziologen Niklas Luhmann veranschaulichen – ein sehr schönen Zitat; ich möchte es gerne vorlesen: »Der Mensch hat zwar in vielen Situationen die Wahl, ob er in bestimmten Hinsichten Vertrauen schenken will oder nicht. Ohne jegliches Vertrauen aber könnte er morgens sein Bett nicht verlassen. Unbestimmte Angst, lähmendes Entsetzen befahlen ihn.« Mich erinnert das immer an Franz Kafkas Novelle *Die Verwandlung*. Es zeigt, wie unerträglich es wäre, ganz ohne Vertrauen zu sein. Doch um vertrauen zu können, bedarf es eben einer Fähigkeit, Verletzlichkeit bis zu einem gewissen Grade zu ertragen; andernfalls drehen sich die Vorzeichen rasch in Richtung des generalisierten Misstrauens um. Und dieses kann auf eine paradoxe Weise geradezu vergleichbare Funktionen erfüllen: Es ersetzt Vertrauen. Eine Sicherheit wird dann über dieses Misstrauen mit allen widersprüchlichen Konsequenzen wiederherzustellen versucht.

Hierzu kleine Beispiele: In Interviews, die wir während der Corona-Pandemie geführt hatten, trat hervor, welche eine grundstürzend verunsichernde Erfahrung oder Kränkung diese Krise darstellte. Entsprechend mussten oft mächtige mentale Schutzwälle errichtet werden, auch wenn sie zum Teil illusionär waren.

Unter anderem wurde bei den Interviewten die anfängliche Angst vor dem Virus verschoben, hin zu den misstrauischen Ängsten vor den Maßnahmen, verbunden mit dem Bild eines bedrohlich unberechenbaren Staates, wie zum Beispiel Frau Meier, die im Interview beschreibt, wie sie der – Zitat – »Gehirnwäsche« durch die Corona-Berichterstattung der sogenannten Mainstream-Medien zunächst noch aufgesessen sei, bis sie endlich verstanden habe, was Sache ist, und sich davon habe lösen können. Die Erschütterung des Vertrauens durch die Pandemie und die kritische Haltung gegenüber dem politischen Umgang mit der Krise verwandelte sich bei ihr in eine zunehmend entgrenzte, misstrauische Sicht, die sie dann auf alles überträgt. Ähnlich ein anderer Interviewter, Herr Schmidt. Er schilderte ebenfalls, wie er zuerst Angst vor der Pandemie hatte, dann aber allem misstraute, was vom Staat, der Wissenschaft, der Medizin, den Medien und so weiter kam. Er schloss sich dann in sozialen Medien radikalen Gruppierungen an, um andere zu verfolgen, deren Position er ablehnte.

Was in diesen kurzen Beispielen hervortritt, sind Versuche, in paradoxer Weise gerade über Dauermissrauen eine Position der Gewissheit zu schaffen, bei der die Welt, wie man sagen könnte, immerhin als zuverlässig betrügerisch erscheint. Verletzungen scheinen dann vermeidbar, indem man eben allem misstraut. Das fortwährende Raunen, das auf dunkle Machenschaften der Eliten weisen soll, wirkt wie eine Art Vergewisserung. Die Welt ist durchschaut. Insofern ist das Problem für Demokratien nicht Misstrauen an sich, sondern dessen Qualität, die Generalisierung, also, ob dies entgrenzt ist, ob es in eine mentale Selbstabschottung mündet. Wenn, dann bilden solche paranoiden Ideologien, wie man sagen könnte, auch eine Art zweite Haut, sie haben also eine Schutzfunktion, stabilisierend zu helfen. Wenn Misstrauen zur Wendung gegen alles und jeden neigt, können sich eben die erwähnten Pseudovergemeinschaftungen bilden, die zugleich immer den äußeren Feind brauchen, um Aggression kanalisieren zu können.

Was dabei nicht zu unterschätzen ist, ist nicht nur die Tendenz zur Steigerung der Aggressivität und das Bannen der Angst, sondern auch der psychische Gewinn aus der grandiosen Selbstüberhöhung. Auch dies ist hierbei ein wichtiger Aspekt, zumal wenn aus einem entfesselten Misstrauen heraus eine Art Gegenrealität aufgebaut wird, wie in der Floskel der alternativen Fakten. Das heißt, alles, was stört, eben mal beiseitezuschieben und sich in der Position der triumphierenden Überlegenheit gegenüber etablierten Experten und so weiter zu sehen. Misstrauen wurzelt meist zunächst in Angst. Sie wird dann auch zu bannen versucht durch das Bemühen, Realität aggressiv umzudeuten und

eine selbstbezügliche Wahrnehmung, eine zu den eigenen Gefühlen passende Wahrnehmung der Welt zu konstruieren.

Wie kann gegengesteuert werden? Auch darüber werden wir ja gemeinsam diskutieren. Ich möchte kurz andeuten, was aus den Beschreibungen folgen kann. Beispielsweise löst entfesselt Misstrauen politisch oft Beruhigungsversuche aus. Typischerweise lassen sich zwei komplementäre, defensive und unproduktive Antworten unterscheiden. Zum einen kann auf starkes Misstrauen und Vertrauensschwund, oft verbunden mit Anspruchsdenken – so Jan Christoph Suntrup – und einer Art politischem Konsumismus, mit einer eher konfliktvermeidenden Agenda geantwortet werden, die aber dann das Misstrauen, gleichsam durch das Zurückweichen implizit geradezu bestätigt. Die zweite Variante, nur oberflächlich stärker erscheinend, besteht darin, Problemdefinitionen rhetorisch oder praktisch von denjenigen zu übernehmen, die entgrenztes Misstrauen verbreiten. Auch das führt zwangsläufig in dieselben ausgeführten Spiralen oder Sackgassen. Vertrauen könnte demgegenüber in Zeiten sich steigernden Misstrauens gerade über das Durchstehen von Konflikten eher aufgebaut werden. Denn weder das Pfeifen im Walde noch hysterische Dramatisierung helfen. Durch eine offene Differenz nicht verschleiender Begegnung in Krisen und Konflikten mit langem Atem können im günstigen Fall, und vielleicht zunächst auch nur punktuell, Zirkel der Entgrenzung von Misstrauen durchbrochen werden. Was auch bedeutet, Angst ernst zu nehmen, sie nicht zu bagatellisieren, aber auch nicht zu verstärken, sodass Vertrauensbildung auf Basis erkennbar durchsetzungsfähiger Führungs- und Problemlösungskompetenz wieder möglich wird.

Dabei ebenfalls wichtig: Beispielsweise paranoid-aggressive Propaganda testet ja immer auch Grenzen aus. Insofern sind klare Zurückweisungen von Grenzüberschreitungen und menschenfeindlichen Vorurteilen besonders wichtig. Auch wenn sie teils wie Tropfen auf den heißen Stein erscheinen mögen, sind sie doch eminent bedeutsam, um Zirkel der Polarisierung nicht zu bestärken. Eine weitere schlichte Folgerung bestünde darin, im öffentlichen Diskurs auch immer wieder gegen die psychologisch und lebenspraktisch stets ausgeprägte Personalisierung von politischem Vertrauen zu steuern. Denn bei demokratischem Vertrauen geht es nicht einfach nur um ein persönliches Verhältnis, sondern primär um Vertrauen in das Funktionieren des demokratischen Prinzips. Das heißt, alarmierender noch, als würden individuelle politische Akteure Vertrauen verlieren, ist es, wenn die Checks and Balances nicht funktionieren. Dies zu berücksichtigen und zu betonen, liegt in der Verantwortung aller Beteiligten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank, Frau King, für einen anspruchsvollen und auch sehr erkenntnisreichen Vortrag, in dem Sie meines Erachtens vielen die Möglichkeit gegeben haben, tatsächlich hinter gewisse Mechanismen zu schauen und sich selbst zu fragen beziehungsweise die Frage zu beantworten: Woran liegt es, dass Menschen, die eigentlich wenig Fähigkeit haben, tatsächlich für andere zu sprechen oder Empathie auszustrahlen, dennoch als Führungspersönlichkeiten wahrgenommen werden? Und jetzt wissen Sie, wen ich meine. Ich spreche nun den bereits zitierten amerikanischen Präsidenten an, und man wundert sich ja, dass im Grunde die Leute auch bereit sind, so vieles über Bord zu werfen. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, gehört genau das dazu, dieses entgrenzte Vertrauen, dieses grenzenlose, blinde Vertrauen, diese ganz massiven Vorschusslorbeeren. Und man bestärkt sich – wenn ich Sie richtig verstanden habe – im Grunde selbst darin, dass man die Person in der Krise so brillant findet und man sämtliche Hinterfragungsmechanismen, die man ansonsten eigentlich anwendet, über Bord wirft. Habe ich das richtig verstanden?

Prof. Dr. Vera King: Absolut. Ich glaube, es sind mehrere Gesichtspunkte dabei. Der eine wäre erst mal, zu suggerieren – das darf man nicht unterschätzen –, man könnte einfach alles außer Kraft setzen, was normalerweise das demokratische Leben so kompliziert und mühsam macht, also die ganze Komplexität – Sie hatten es vorhin angesprochen –, die ganze Komplexität des demokratischen Verfahrens, bis jemand Gehör finden kann, wie politische Willensbildung

funktioniert. Demgegenüber steht die Behauptung: Ich mache das, und ich spreche für dich. Wenn ihr mich wählt, dann ist deine Stimme sozusagen unmittelbar und direkt durchgesetzt. Das ist ja erst mal eine Fiktion der Direktheit, die in der Demokratie sonst überhaupt keine Entsprechung findet. Das andere – und das verknüpft sich mit dem, was Sie gerade gesagt haben – ist die Art der Affekte, die hier mobilisiert werden: zum Beispiel entgrenzte Wut oder unverblümete Rücksichtslosigkeit, was sich dann auf diese Weise formiert und auch losgelassen werden kann, was unter normalen Bedingungen nicht möglich wäre. Das schafft einen neuen Rahmen dafür, mit diesen Gefühlen so umzugehen, wie es bis dahin nicht möglich war, aber nun salonfähig geworden ist. Sie hatten die Beispiele genannt. Allein das bringt ja sozusagen schon Pluspunkte.

Ursula Münch: Jetzt frage ich wahrscheinlich etwas ganz Naives. Gibt es die Möglichkeit, sich quasi etwas davon abzuschneiden und zu sagen, na ja, ein bisschen mehr – Sie sprachen von der Suggestion persönlichen Vertrauens, das die Wählerinnen und Wähler dieser Führungsperson gegenüber erbringen, ich könne mir vorstellen, Frau Aigner, ein bisschen mehr Suggestion des persönlichen Vertrauens der Wählerinnen und Wähler wäre auch nicht schlecht. Man will jetzt keine bedingungslose Gefolgschaft, aber etwas mehr könnte es schon sein. Ist es möglich, dass man sich von diesem Kuchen einen Teil abschneidet und trotzdem noch alles gut bleibt?

Vera King: Ich muss ehrlich sagen, dazu würde ich nicht raten. Das ist etwas, was viele in gewisser Weise tatsächlich versuchen zu kopieren, oder? Es gibt ja weltweit rauf und runter Versuche, genau in dieses Horn zu blasen und dieses Modell zu übernehmen. Natürlich kauft man sich damit auch all die destruktiven Dynamiken ein, die hier drinstecken. Ich glaube, für Demokratien ist es wirklich existenziell und überlebenswichtig, genau das zu betonen. Deswegen habe ich auch damit geendet, dass es zwar einerseits um Personen geht, die Verantwortung tragen, die der Demokratie ein Gesicht geben, die natürlich auch ansprechbar sein müssen als Personen in ihrer politischen Funktion, aber es geht in diesem Sinne nicht um Persönliches. Und das ist etwas, man könnte sagen, die Reife, die Demokratien entwickeln müssen. Hier müssen alle mithelfen, auch die Medien müssten noch viel mehr unterstützen, wenn es um das Funktionieren des demokratischen Prinzips geht. Es geht nicht darum, in der 180. Talkshow nochmals möglichst viele private Details von Politikerinnen und Politikern zu erfahren. Das ist eigentlich genau das, was in die falsche Richtung führt und eher diesen Sog in Personalisierungen, die jenseits der politischen Differenzierung sind, noch verstärkt.

Ursula Münch: Aber ist das kein Widerspruch? Irgendwie mutet das ein wenig widersprüchlich an. Wir haben einerseits diese autoritären Führungspersönlichkeiten, denen die Leute quasi alles zutrauen und die diese Suggestion persönlichen Vertrauens wirksam werden lassen. Sie schaffen es, bei den Leuten das Gefühl auszulösen, dass die normalen politischen, demokratischen, kontrollierenden Prozesse gar nicht erforderlich sind, weil das Vertrauen in sie so grenzenlos ist. Dann sagen Sie aber andererseits: Ihr seriösen Politiker, darauf dürft ihr nicht setzen, euch diese Scheibe – die ich schon vorher versucht habe ihnen unterzujubeln – abzuschneiden, sondern ihr müsst nüchtern bleiben, den demokratischen Verfassungsstaat repräsentieren und nichts Persönliches durchscheinen lassen.

Vera King: Ich glaube, es geht nicht darum zu sagen, Gefühle und Emotionen spielen im politischen und gesellschaftlichen Leben keine Rolle. Das ist vielleicht ein Punkt, wenn Sie fragen, was man davon lernen kann. Das wäre eine Einsicht, die gerade in den letzten Jahren noch mal an Bedeutung gewonnen hat, dass man die Gefühlslagen der Menschen wirklich ernst nehmen muss, um vermitteln zu können, dass man diejenigen auch verstehen kann, die man repräsentiert. Das ist etwas ganz Grundsätzliches, was übrigens eine Grundlage für Vertrauensbildung ist, das Gefühl zu haben, dass der andere mich verstehen kann, selbst wenn er zu einer anderen Schlussfolgerung kommt. Es geht im Prinzip darum, gesehen zu werden. Das ist sicherlich etwas, das auch in den politischen Prozessen noch ernster genommen werden muss und stärker mit einbezogen werden kann, aber eben nicht in dieser Fiktion der Unmittelbarkeit, wie: Wir sind jetzt alle eine Familie, oder es gibt einen Anführer in der Gruppe und der sieht das alles und damit ist die Sache schon geregelt.

Ursula Münch: Dieses Gesehenwerden, Frau Präsidentin, das ist der Anspruch auch von politischen Repräsentanten, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern, den eigenen Wählerinnen und Wählern, diesen Eindruck, aber auch das Vertrauen vermitteln, gesehen und ernst genommen zu werden. Dies scheint irgendwie nicht mehr zu klappen, sonst hätten wir die Probleme ja nicht und müssten darüber heute Abend nicht sprechen. Was hat sich hier verändert? Woran liegt es, dass die Leute, die Wählerinnen und Wähler, die Menschen, mit denen Sie zu tun haben, oder diejenigen, mit denen Sie nicht zu tun haben, nichts mehr mit Ihnen zu tun haben wollen? Nicht als Person, nicht als Präsidentin, aber als Politikerin. Wie ist Ihre Wahrnehmung? Was hat sich verändert?

Ilse Aigner: Nun, es hat sich einiges verändert. Ich bin schon ein paar Jährchen in der Politik, und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die heute Abend hier

sind, werden meinen Eindruck sicher bestätigen können. Ich glaube, früher hatte man als Politikerin oder Politiker grundsätzlich erst mal einen Vertrauensvorschuss, das Zutrauen, etwas lösen zu können. Das hat sich, finde ich, in den letzten Jahren eher ins Gegenteil verkehrt, dass man Politikerinnen und Politikern eher unterstellt, dass sie nicht das Vertrauen verdient haben. Das ist meine Erfahrung. Dies hat vielleicht mit der Medienwelt zu tun, mit dem Bild, welches von Politikerinnen und Politikern gezeichnet wird, nämlich dass sie sehr holzschnittartig agierten, nichts anderes täten, als sich selbst die Taschen vollzustopfen, und an der Allgemeinheit nicht interessiert seien. Das stimmt so natürlich nicht. Wenn man die Leute genau befragt, dann sagen sie: Dich oder Sie meine ich ja nicht, aber die Politik in toto, und dass die Politikerinnen und Politiker an sich etwas schwierig sind. Hier hat sich etwas verändert.

Ursula Münch: Wann war nach Ihrer Wahrnehmung dieser Einschnitt? Ich habe auch so meine Wahrnehmung, mich würde Ihre interessieren. Was gab es? Ereignisse, politische Ereignisse? Denn es sind ja nicht nur die Medien, die etwas falsch gemacht haben. Der eine oder andere Politiker beziehungsweise die Politiker haben ja vielleicht auch Fehler gemacht.

Ilse Aigner: Natürlich, es hat mit Sicherheit auch einzelnes Fehlverhalten gegeben, das will ich gar nicht wegdiskutieren. Aber wie bei jedem anderen Berufsstand auch, wird von einzelner Fehlverhalten gleich auf die Gesamtheit geschlossen, und dagegen wehre ich mich, weil ich für die Kolleginnen und Kollegen wirklich sagen kann, dass sie sich redlich bemühen. Das darf man sagen, auch wenn das im Arbeitszeugnis nicht so gut konnotiert ist. Ich meine es wirklich so, ich weiß, wie fleißig die Kolleginnen und Kollegen sind und wie viel sie unterwegs sind. Jede und jeder Abgeordnete bemüht sich wirklich, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten, deren Sorgen und Nöte ernst zu nehmen, aufzunehmen, umzusetzen und in die unterschiedlichen Fraktionen einzubringen. Hier wird wahnsinnig viel getan.

Es ist einfach irgendwann entstanden, dass man gesagt hat: Ich verstehe teilweise nicht mehr, was die Politikerinnen und Politiker tun. Vielleicht ist dies so, weil die Welt und unser System sehr komplex geworden sind. – Klammer auf, jetzt möchte ich etwas einschieben: Mit Tobias Reiß hatte ich vor zwei Tagen versucht, einer Person, die nicht in der Politik ist und auch nicht aus Deutschland kommt, unser System mit den verschiedenen Ebenen zu erklären. Wir sind an manchen Stellen ziemlich gescheitert, dies zu erklären. Ich glaube, alleine bei dem Versuch zu erklären, was eine Gemeinde oder was ein Landkreis ist, kann man schon sehen, wie komplex unser System eigentlich ist. Und dann kommen

bei jeder Ebene diese vielfältigen, unterschiedlichen Meinungen hinzu, bis man sich zu einem Beschluss oder zu einem Ergebnis durchringt. Dies dauert einfach sehr lang, und hier ist offensichtlich die Sehnsucht nach einfachen Lösungen sehr ausgeprägt, nach dem Motto: Das muss jetzt doch mal entschieden und muss doch jetzt mal so gemacht werden! Und das meistens aber so, wie man darüber selbst denkt, und nicht wie die anderen. Das ist der Punkt.

Ursula Münch: Für mich war ein solch einschneidendes Erlebnis beziehungsweise eine Erfahrung ein Vorfall während der sogenannten Banken- oder Eurokrise. Mich würde interessieren, wie es Ihnen damit ging. Es gab im Bundestag in extremer Zeitknappheit extrem komplizierte Gesetze, deren Namen ich auf die Schnelle nicht mehr zusammenbringe. Ich erinnere mich an Medienberichterstattung, bei der den Abgeordneten des Bundestages ein Mikrofon unter die Nase gehalten wurde: Worüber haben Sie denn gerade abgestimmt, oder worüber müssen Sie morgen abstimmen? Verständlicherweise konnten es die meisten nicht erklären, konnten nur grob vermitteln, worum es ging. Für mich war das ein Beispiel dafür, dass zwei Sachen zusammengekommen sind. Einerseits eine tatsächlich extrem komplizierte Lage, die auf die Schnelle in einem Gesetz reguliert werden musste, was zwei oder drei Menschen einigermaßen verstanden haben, aber andererseits ein großes Unverständnis und Nichtwissen darüber, dass es in einem arbeitsteiligen Parlament nicht anrühlich ist, wenn man nicht jede einzelne Materie selbst durchblickt. Das ist eigentlich eine Aufgabe der politischen Bildung, das den Menschen zu vermitteln. Aber hier hatte ich den Eindruck, man stößt auf diese wahrgenommene Nichtkompetenz in Kombination mit dem Vorführen, damals noch durch klassische Medien, auf ein völlig falsches Verständnis von dem, was man Abgeordneten tatsächlich abverlangen kann.

Ilse Aigner: Ja, das ist so – wie in jedem Parlament. Ich war im Bundestag, und man muss sich auf die Kolleginnen und Kollegen natürlich verlassen können, wie in jeder Firma übrigens auch, weil in einer Firma weiß auch nicht jede Abteilung oder jede Mitarbeiterin oder jeder Mitarbeiter in einer Abteilung, was die anderen tun. Man kann es auch nicht erklären, und man muss es auch nicht, weil es nicht die eigene Zuständigkeit ist. Genauso ist es letztendlich bei uns in den Ausschüssen. Wenn die Themen ins Plenum gehen, wissen die Fachleute genau, worum es geht, aber nicht jeder weiß es automatisch. Das wird dann hochgezogen, nach dem Motto: Die haben alle keine Ahnung. Das ist natürlich falsch. Noch etwas: Es ist natürlich nicht nur die normale Berichterstattung dazugekommen, sondern auch die Comedy. Es gibt manche Shows, bei denen

manche glauben, dass hier echte Nachrichten gesendet werden. Sie erkennen nicht, dass dies hauptsächlich Satire ist.

Ursula Münch: Wir wissen, wen Sie meinen.

Ilse Aigner: Ja, genau, aber ich sage es nicht. Ich schaue es ja auch ganz gerne an, weil es manchmal unterschiedlich lustig ist, also je nachdem, wie weit man betroffen ist.

Ursula Münch: Ich habe mal versucht, mich auf Detox zu setzen und es ein Jahr lang zu boykottieren, aber ich bin wieder rückfällig geworden.

Ilse Aigner: Ich schaue es mit unterschiedlichem Vergnügen an, aber das ist natürlich das Bild, das über die Politik zusätzlich gezeichnet wird. Viele denken, dass die Politik überhaupt keine Ahnung hat. Wie gesagt, das Leben ist sehr komplex geworden, und gerade in diesen schwierigen Zeiten, die ich auch hautnah miterlebt habe, als eine große Verunsicherung auch in der Politik bestanden hatte, wie es weitergeht, wie man einen solch totalen Crash eigentlich so weit stabilisieren kann, damit nicht das ganze Land den Bach runtergeht; nicht nur das ganze Land, sondern, wenn man ganz ehrlich ist, die ganze Welt. Das hat schon ein massives Misstrauen hervorgerufen.

Und jetzt komme ich noch zu Ihnen: Genau in dieser Zeit war das erste Smartphone auf die Welt gekommen. Ab diesem Zeitpunkt hat sich die Informationsbeschaffung dramatisch verändert. Das hat mit den Menschen natürlich etwas gemacht, weil Informationen noch viel zugespitzter und immer weiter über die sozialen Medien transportiert werden.

Ursula Münch: Frau King, Sie haben in Ihrem Vortrag ein weiteres schönes Stichwort geprägt. Sie sprachen vom Prinzip der wohlwollenden Interpretation und davon, dass dieses Prinzip nicht mehr gilt. Ist dies nur auf die veränderten Kommunikationsgewohnheiten zurückzuführen? Frau Aigner hat gerade das Beispiel genannt beziehungsweise diesen ganz wichtigen Hinweis gegeben, dass es tatsächlich gleichzeitig stattgefunden hat. Wäre uns, das ist jetzt eine hypothetische Frage, dieses Prinzip auch sonst abhandengekommen, weil die Krisen so groß sind? Worauf führen Sie das zurück? Welche Diagnose haben Sie hierfür aus der Sicht der Sozialpsychologie, Psychologie oder Psychotherapie?

Vera King: Das ist eine Ausdrucksform der Polarisierung, dass bei der Art und Weise, wie die Menschen miteinander sprechen, sich von vornherein Lager

bilden, wo man schon weiß, dass das, was der andere sagt, auf gar keinen Fall etwas sein könnte, was ich wohlwollend interpretieren könnte. Das ist ein Ausdruck forcierter Polarisierung, und insofern stellt sich die Frage, wie sich die Polarisierung entwickelt.

Ich möchte gern Ihren Faden aufgreifen, auch zum Thema Bankenkrise. Wir haben in unseren Untersuchungen in der Tat genau solche Beispiele gesehen, Einschnitte eines Kontrollverlusterlebens, die ganz massiv sind, wo es verschiedene Stufen gibt, die dann oft so nacheinander erzählt werden. Tatsächlich war die Bankenkrise einer der ersten Einschnitte, die oft genannt werden. Sie war verbunden mit der Angst, dass man schon bald nicht mehr an den Automaten gehen und Geld ziehen kann, dass alles ins Rutschen kommen könnte.

In der Welt, wie sie bisher war, so erlebten es manche, gab es viele Konflikte und alles Mögliche konnte passieren, aber es gab eine Grundstabilität und auch Vertrauen, dass die Politik das im Kern im Griff hat. Und dann gibt es plötzlich die Erfahrung, dass dies möglicherweise gar nicht stimmt, dass noch irgendwas ganz anderes, viel Schlimmeres passieren könnte. Also, dieses Gefühl von Kontrollverlust und dann die Frage, ob die politisch Verantwortlichen in der Lage sind, diese große Bedrohung noch in den Griff zu bekommen. Dann kamen die Themen der sogenannten Flüchtlingswelle und Corona-Pandemie. Alles Bilder von Kontrollverlust, nicht nur des eigenen, sondern aller, auch der Verantwortlichen. Das ist etwas, das unglaublich viel Angst auslöst. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen. Das ist eine sehr große Verunsicherung, bei der schnell die Frage aufgeworfen wird, wer mich denn jetzt noch retten könnte. Deswegen habe ich diese kleinen Beispiele aus diesen Untersuchungen angeführt, bei denen man sieht, wie eine ganz tiefe Angst in dieses umfassende Misstrauen als eine Form von Sekundärabsicherung umschlägt. Das Gefühl, ich kann mir jetzt nur noch selber helfen beziehungsweise im Verein mit meiner eigenen Gruppe, in der ich jetzt in den Chats unterwegs bin, die mir alle erklären, dass alle anderen sowieso lügen. Daraus wird die Sicherheit gezogen, und es ist dann klar, dass es in dieser Position auch nicht mehr möglich ist, sich mit anderen auszutauschen. Das geht gar nicht, weil man den Wall sozusagen braucht. Man möchte auch nicht mehr hören, was jemand sagt, sondern es geht dann tatsächlich nur noch darum, die eigene Sichtweise zu bestätigen.

Es kommt noch etwas Wichtiges hinzu. Die Angst verwandelt sich in ein Misstrauen, und dabei gibt es auch noch eine triumphale Bewegung. Besonders interessant ist auch, was man oft sieht und in den sozialen Medien ganz typisch immer wieder ventiliert wird: Ich weiß es jetzt und ich kann von einer höheren

Warte darauf sehen. Es ist sozusagen die Lust an diesem aggressiven Triumph, es »denen« mal gezeigt zu haben, den »Etablierten«, den Politikern, wem auch immer. Es ist eine bestimmte Kombination, die gewissermaßen die Tendenz hat, sich als Spirale fortzusetzen. Das heißt, in jeder Krise, in der Kontrollverlust erlebt wird, besteht diese Gefahr. Übrigens ist dies auch bei früheren Pandemien beobachtet worden. Wenn man sich das ansieht, stellt man fest, es gibt zum Teil ganz ähnliche Dynamiken, aber mit anderen Voraussetzungen als in den modernen Gesellschaften.

Ursula Münch: Derzeit gibt es ja ziemlich viele Krisen. Ich habe vorhin mit der Bankenkrise im Jahr 2008 angefangen. Wenn wir den Zeitraum etwas erweitern und den Blick nicht nur auf Westdeutschland richten, sondern auch die Erfahrungen in ostdeutschen Ländern und der ostdeutschen Bevölkerung mit den Nachwendejahren oder den Nachvereinigungsjahren berücksichtigen, dann sind das wahrscheinlich ganz massive Krisenerfahrungen. Ist das etwas, wofür alle Menschen anfällig sind? Der eine hat die besseren sozioökonomischen Ausgangsbedingungen, lebt in stabileren, nicht prekären Verhältnissen. Kann das grundsätzlich jeden erwischen, der verunsichert ist?

Ilse Aigner: Ich glaube, Unsicherheit ist etwas, mit dem Menschen nicht gut umgehen können, weil man eigentlich schon gerne seine Zukunft auch planen möchte, sich darauf verlassen möchte, dass man vertrauen kann, nicht nur in sich, sondern auch in die handelnden Personen. Deswegen ist Unsicherheit, finde ich, für den Staat und die Demokratie immerzu eine große Herausforderung.

Darüber hinaus möchte ich – weil Sie die Wende beziehungsweise die Wiedervereinigung angesprochen haben – aus meinem Blickwinkel sagen: Wenn man mit Menschen spricht, fällt mir immer wieder auf, dass der Mensch Gott sei Dank öfter das Schlechte vergisst und das Gute behält. Ganz konkret: In den neuen Bundesländern hat man sich daran erinnert, einen garantierten Arbeitsplatz, eine garantierte Wohnung gehabt zu haben. Dabei vergessen die Menschen, dass sie keine Reisefreiheit oder Meinungsfreiheit und keine freie Berufswahl hatten. Das vergessen sie aber eher wieder, das war dann die gute, schöne alte Zeit. Eine Zeit, bei der man alles ein wenig glorifiziert. Das ist das Erste, was beim Menschen sehr erkennbar ist.

Das Zweite ist, dass man offensichtlich beinahe danach giert, die schlechten beziehungsweise effektvollen Nachrichten zu hören. Auch das ist schon immer so gewesen nach dem Motto: Hast du schon gehört, was da passiert ist? Das verbreitet sich viel schneller als jede Wahrheit. Genau das verstärkt sich gerade

durch die sozialen Medien, weil keine Nachricht so schnell geteilt und verbreitet wird wie irgend etwas ganz Sensationelles; es ist wie ein Lauffeuer. Wird eine gute Nachricht eingestellt, wird sie kein Mensch teilen. Das ist die Echokammer, die immer mehr verstärkt wird, und das trägt wiederum dementsprechend zur Verunsicherung bei.

Corona war zum Beispiel für die Politik und für alle, die hier Verantwortung übernommen hatten, eine extrem schwierige Zeit. Es war extrem schwierig, Entscheidungen zu treffen, weil es keine Blaupause gab, man nicht wusste, wie man etwas verhindern kann. Hier ging es wirklich um viele, viele Menschenleben. Im Nachhinein weiß man immer alles besser.

Wenn wir mit dem Wissen von heute Entscheidungen getroffen hätten, der Ministerpräsident, die Gesundheitsminister, wer auch immer, hätten wir vielleicht anders entschieden. Aber damals musste man schnell entscheiden, und es waren schwierige Entscheidungen. Das hat die Menschen massiv verunsichert, und sie hatten irgendwie den Eindruck und fragten sich, ob die Politiker denn eigentlich noch wüssten, was sie tun. Das hat letztendlich große Gräben in die Bevölkerung, in Familien, in die Freundeskreise gerissen und hat auch wieder zu einem verstärkten Misstrauen oder Vertrauensverlust in die Politik geführt.

Ursula Münch: Und das geht nicht mehr weg.

Ilse Aigner: Nein. Das ist auch heute noch in vielen Bereichen spürbar, das muss man leider sagen.

Vera King: Zur Frage, ob dies für alle Menschen gleich ist: Ich glaube, wenn man es entwicklungspsychologisch sieht, gibt es sicherlich Unterschiede. Menschen wachsen unterschiedlich auf, und es gibt eine unterschiedlich ausgeprägte Vertrauensfähigkeit. Das ist etwas, was sich auf der einen Seite aufgrund der unterschiedlichen Beziehungskonstellationen bereits in den frühen Jahren ausbildet. Also, die emotionale Entwicklung schafft unterschiedliche Vertrauensfähigkeiten und Krisenstabilitäten, sozusagen Resilienzmomente. Hinzu kommt auf der anderen Seite die soziale und ökonomische Lage, sodass Menschen in Bezug auf das Vertrauen unterschiedlich stabil sind.

Aber es gibt eben Krisensituationen, Schwellensituationen, die wirklich große Teile der Bevölkerung erreichen, wo sich sozusagen der Kippunkt nicht nur für diejenigen herstellt, die sowieso gefährdet sind, die immer große Angst haben und nicht gut vertrauen können, sondern wovon größere Teile der

Bevölkerung betroffen sind. Pandemien sind daher etwas ganz Typisches. Das können wir wirklich an historischen Untersuchungen sehen, wie sich sozusagen massenpsychologisch dieses Misstrauen einstellt. Wenn man sich bestimmte Untersuchungen ansieht, hat man das Gefühl, man lese etwas über die Corona-Pandemie, weil es exakt ähnliche Mechanismen sind, dass zum Beispiel die Überbringer der schlechten Botschaft die Sündenböcke sind.

Ursula Münch: Die saßen früher halt nicht in den Talkshows.

Vera King: Nein, sie saßen nicht in Talkshows, aber man hat sie unter Umständen trotzdem gejagt, wenn man ihrer habhaft werden konnte. Das sind ganz typische Mechanismen, massenpsychologisch oder sozialpsychologisch.

Dann stellt sich aber die Frage, wie resilient Gesellschaften wiederum sind, wie kulturell, um mit solchen Krisensituationen umgehen zu können. Welche Art von Sekundärsicherheit, welches Netz kann man schaffen? Sie haben schon gesagt, dass man das in der Pandemie auf unterschiedlichen Ebenen erst einmal lernen musste, praktische, medizinische und andere Maßnahmen. Wie geht man mit einer solch umfassenden Angst um, die sich sehr schnell wiederum polarisiert in eine Art doppelte Angst? Die Angst vor der Krankheit, wie in den Beispielen, die ich genannt habe, aber auch die Angst vor den Maßnahmen selbst, bei denen man sich plötzlich wie doppelt gefangen fühlte. Für manche war das ein ganz massives Empfinden. Das ist etwas, woraus man lernen kann. Nicht, dass man den Ängsten folgt, sondern dass man sie ernst nimmt und Mechanismen findet, sie aufzunehmen in dem Sinne, dass man Verständnis signalisieren kann, dass man die Ängste aufgreift und Lösungen findet, die nicht einfach nur dem Plan folgen, sondern die dieses Empfinden in irgendeiner Weise mitberücksichtigen und man sich nicht verloren und unverstanden fühlt.

Ursula Münch: Wir haben in der Bevölkerung unter anderem durch die veränderten Kommunikations- und Informationsgewohnheiten während Corona, aber auch in anderen Krisen, diese Wahrnehmung von uns selbst als Individuen, die doch mindestens genauso gut Bescheid wissen wie diejenigen, die politisch entscheiden. Da gibt es ein gewisses Spannungsverhältnis. Sie sagen, man soll den Leuten das Gefühl geben, dass man sie versteht und Empathie empfindet und auch in ihrem Sinne versucht zu handeln, die Ängste auch für relevant hält. Aber gleichzeitig konfrontiert sich das mit der Wahrnehmung der Leute: Wir wissen es viel besser, wir haben dieses und jenes gelesen. Das ist doch schon ein Unterschied zu früheren Pandemien. Oder gab es da auch dieses Gefühl – es ist wahrscheinlich im Nachhinein mit Blick auf die Geschichte schwierig

festzustellen –, dass man es besser machen könnte? Diese Selbstüberhöhung gegenüber denjenigen, die politisch entscheiden, das ist doch etwas Neues, oder?

Vera King: Ja, es ist klar, dass diese Medienstruktur ganz neue Bedingungen geschaffen hat. Das hatten Sie vorhin ja auch angesprochen als etwas, was omnipräsent ist; hier und jetzt hat man das sozusagen immer in der Tasche und kann sich auf andere Weise vergemeinschaften. Es gibt viele konkurrierende Expertengruppen, die behaupten, es am besten zu wissen.

Aber zurück zum Historischen. Es gibt einen Roman von Alessandro Manzoni, *Die Verlobten*, vielleicht kennt der eine oder andere ihn, in dem die Mailänder Pest im 17. Jahrhundert beschrieben ist. Hier gibt es viele ähnliche Mechanismen, konkurrierende Erklärungen über Hexen und magische Vorgänge, die sich sehr schnell in der Bevölkerung verbreitet hatten, wodurch alle das Gefühl hatten: Wir wissen jetzt eigentlich, was Sache ist, uns wird noch erzählt, dass das eine Krankheit ist, aber in Wirklichkeit werden da Leute verhext und so weiter. Also, als Mechanismus ist das schon auch etwas, das man kennt. Aber die sozialen Medien insgesamt, die digitale Welt der Kommunikation, schaffen vollkommen neue Vervielfältigungen all dieser Theorien, die in mancher Hinsicht durchaus ähnlich, aber vor allem sehr vielfältig sind. Jeder kann sich in diese Expertenposition einbringen und Bündnispartner finden und genau dieses Triumphgefühl ausbilden, jetzt diejenigen zu sein, die es besser zu wissen scheinen als alle anderen. Das ist ein wichtiger Aspekt. Ein Gewinner des Misstrauens zum Beispiel ist sozusagen der allwissende Experte.

Ursula Münch: Das ist etwas Anstrengendes, wenn man mit allwissenden Experten konfrontiert wird, Frau Aigner, oder? Wie gehen Sie damit um? Begegnet Ihnen das und, wenn ja, in welcher Form?

Ilse Aigner: Ich glaube, das begegnet einem immer wieder. Und auf manchen Gebieten weiß jemand vielleicht wirklich mehr. Was aber in der Tat festzustellen ist, dass dieses über die verfügbaren Informationsquellen angelesene vermeintliche Expertenwissen heute ein vielfältigeres geworden ist und dass diese Glaubwürdigkeit interessanterweise bei vielen sehr hoch und bei den Altersgruppen unterschiedlich ist. Wenn ich es so ausdrücken darf: Die Älteren glauben eigentlich sofort, dass das alles Wahrheit ist, was ihnen über alle möglichen Kanäle zugespielt wird. Die jungen Menschen – das haben wir über eine Studie auch vom Landtag aus abgefragt – sind reflektierter. Sie wissen besser einzuschätzen, dass vieles mit Fake News verbunden ist und man es hinterfragen muss. Sie

können das Ganze anders einschätzen als meine, die ältere Generation, die nicht damit aufgewachsen ist: mit dem »Wischen« sozusagen.

Damit muss man umgehen, und das ist vielleicht auch ein wenig selbst erzeugt, das muss man durchaus ein bisschen kritisch sagen. Natürlich ist nicht alles, was in den letzten Jahrzehnten in den Medien geschehen ist, automatisch von allen sofort erkannt worden, ob alles Wahrheit ist. Manches ist auch nicht berichtet beziehungsweise tendenziös berichtet worden. Man muss auch kritisch sagen, dass zwischen Berichterstattung und Meinung nicht immer sauber getrennt wurde. Das hat natürlich auch Misstrauen hervorgebracht. Aber dieses Misstrauen ist noch nicht übergeschlagen auf alles, was einem zugespielt wird. Das finde ich faszinierend nach dem Motto: Die Medien berichten das ja sonst nicht; dann wird es schon richtig sein, weil es ja nur unterdrückt wird. Das ist für mich ein faszinierendes Phänomen, dass hier offenbar mehr Glaubwürdigkeit besteht als bei seriös arbeitenden Medien, auch wenn mir nicht immer automatisch alles gefällt, worüber berichtet wird. Hier steckt noch immer journalistische Arbeit dahinter, es wird reflektiert, es werden Quellen überprüft. Das ist ja vollkommen verschwunden, alles wird eins zu eins geglaubt.

Ursula Münch: Nun vermerken wir für das Protokoll, dass jetzt doch der Mann, also Herr Schöberl, zumindest kurz fehlt, weil wir gerade über die Medien sprechen. Hier hätte Herr Schöberl vermutlich etwas beitragen können. Aber ich möchte gerne bei diesem Punkt bleiben.

Frau King, Sie sprachen von Kontrollverlust, den man individuell verspürt, den man auch dem Staat, den politischen Akteuren zuschreibt. Sehen wir uns das noch einmal mit Blick auf die Medien an: Wir haben einerseits relativ hierarchische Medien, das sind die klassischen Medien, in meinem Sprachgebrauch die seriösen Medien. Andererseits gibt es Onlineformen der Kommunikation, die meistens nicht hierarchisch sind, sondern die Menschen auf der Horizontalen erreichen. Dieses Gefühl gibt einerseits vielleicht Vertrautheit, aber vielleicht stärker noch das Gefühl, hier partizipieren und Kontrolle ausüben zu können. Das ist jetzt sehr laienpsychologisch. Aber hat die Tatsache, dass man den schrägsten Informationen in den digitalen Netzwerken womöglich mehr vertraut als dem, was von seriös arbeitenden Redaktionen kommt, etwas damit zu tun, dass man diese Distanz nicht mehr hat? Wir sind noch damit sozialisiert worden, aber das ist nicht mehr zeitgemäß.

Vera King: Ja, das spielt sicher auch eine Rolle, diese Fiktion, dass man ganz individuell angesprochen wird. Diese Fiktion wird ja systematisch erzeugt. In

der Zeitung steht ja nicht: Das bist du, sondern die Aussage richtet sich an irgendeine Allgemeinheit. In den sozialen Medien entsteht aber das Gefühl der individuellen Adressierung sehr rasch, und das spielt auch eine große Rolle. Auch dass es bei diesem Angstgefühl oder dieser Wut permanent einen Ort gibt, an dem man irgendwie in Kontakt sein kann. Für viele ist das so etwas wie ein 24-Stunden-Adressat, mit dem man einfach jederzeit und an jedem Ort in Kontakt sein kann. Und das hat natürlich ein sehr großes Verführungspotenzial, vor allem wenn es ausgewählte Gemeinschaften sind, die zusätzlich den Eindruck erwecken, dass sie eben über besondere Möglichkeiten verfügen, über besonderes Wissen über Dinge, die andere nicht sagen oder darüber verfügen können. Das alles verknüpft sich dann zu diesem Gefühl, in einer solchen Community informierter und sicher zu sein.

Ursula Münch: Nun gibt es bei den digitalen Medien, bei der KI, bei generativen Sprachmodellen eine neue Entwicklung. Wir hatten vor zehn Tagen erfahren, dass sich bei OpenAI, bekanntlich die Firma, die für ChatGPT und dessen Entwicklung zuständig ist – das gilt natürlich auch für andere generative Sprachmodelle –, etwas tut. Diese ChatGPTs, und wie sie alle heißen, werden von meinen Studentinnen und Studenten, die heute Abend übrigens hier sind, nicht nur zur Unterstützung bei Seminararbeiten genutzt – ich korrigiere die Arbeiten gerade, und manche werden jetzt vielleicht ganz nervös –, sondern, das war mir ehrlich gesagt in der Form nicht klar, diese Modelle werden auch zur Lebensberatung genutzt. ChatGPT wird gefragt: Was rätst du mir? Soll ich diese ärztliche Therapie fortführen oder nicht? Soll ich mich lieber kosmischer Energie zuwenden oder doch die Tabletten nehmen? Soll ich diese oder jene Partei wählen? Und, das hat Herr Waldvogel vor ein paar Tagen erzählt, es wird auch gefragt: Soll ich meinem Leben ein Ende setzen? ChatGPT hat vor zwei Wochen eine Überarbeitung erfahren, die inzwischen revidiert ist. Man hat gemerkt, was Gefährliches ausgelöst wurde. Durch diese Überarbeitung, die jetzt revidiert ist, haben wir gelernt, die Nicht-Digital-Natives, dass hier ein ganz starkes Bestätigungsdenken in diesen generativen Sprachmodellen ist. Das ist anscheinend in dieser Phase der Überarbeitung übertrieben worden, sprich, bei einer Frage ist der Fragesteller eigentlich immer bestärkt worden: Das machst du richtig, und wenn du diese Entscheidung triffst, dann zeugt das von deiner wahren inneren Stärke. Ist das in der Forschung ein Thema, dass wir neue falsche Freunde bekommen haben?

Vera King: Das ist Thema und muss Thema bleiben, denn es ist klar, dass das Leben dadurch sehr stark mitbestimmt wird und dass das ein weiterer Einschnitt zusätzlich zu den digitalen Medien ist. Diese Art der Kommunikation

hat noch mal eine neue Qualität, ist ein weiterer Sprung, würde ich sagen. Es wird bereits versucht, alle möglichen Sicherungen einzubauen. Es gibt jedenfalls auch Bemühungen der Kontrolle, indem zum Beispiel extremistische Haltungen von der KI nicht bestätigt werden, sie also nicht in dieser Weise antwortet: Ja, genau so musst du das machen und so weiter. Das gilt auch bei derartigen selbstdestruktiven Handlungen.

Aber es ist klar, dass diese Form der Selbstbeschäftigung und eine Kommunikation, die sich im Grunde genommen im Kreis dreht, noch mal das verstärkt, worüber wir gerade gesprochen haben. Man könnte sagen, dass dies noch mal eine Potenzierung im Verhältnis zu den Gemeinschaften ist, die schon so funktionieren, dass sie ständig versuchen, Homogenität zu erzeugen. Das ist die absolute Steigerung. Insofern, wenn man nur noch homogen mit sich selbst ist, gibt es gewissermaßen gar keine Kommunikation mehr, die jedoch noch den Anschein erweckt, Kommunikation zu sein. Darin steckt in der Tat, wenn man es unter Demokratie-Gesichtspunkten sieht, eine Gefahr, weil die Fähigkeit des Austauschs mit anderen, die auch andere Positionen vertreten, umso mehr zu kurz kommen könnte.

Ursula Münch: Ich würde gerne, um auch langsam zum Schluss zu kommen, noch mal zu unserem eigentlichen Thema und der Gefährdung der Demokratie, die natürlich durch all diese Dinge massiv gefährdet ist, zurückkommen. Wir wissen, jedes politische System braucht ein grundsätzliches Zutrauen der Bevölkerung. In autoritären, in autokratischen Systemen wird das erzwungen, kann autoritativ angeordnet werden. In unserem System, Frau Aigner, müssen wir dafür werben. Wir betreiben politische Bildung, die in den Schulen und an vielen unterschiedlichen Orten stattfindet. Sie werben, alle Abgeordneten in den Parlamenten werben im Grunde immer wieder für dieses Vertrauen und erklären, dass es berechtigt ist. Frau King hat in ihrem Vortrag gesagt, dass ein repräsentatives System auf dieses Vertrauen angewiesen ist, weil wir sonst uns selbst überfordern würden. Wenn wir allen ständig mit Misstrauen begegneten, könnten wir morgens nicht mehr aufstehen.

Wenn womöglich das Vertrauen in Parteien, in deren Problemlösungsfähigkeit, in das politische Personal oder auch in die Medien verloren ginge, sodass nicht nur den einzelnen Personen das Vertrauen entzogen würde, sondern wir Sorge haben müssten, dass tatsächlich der Demokratie selbst das Vertrauen entzogen würde, dann ist dies für eine Präsidentin des Bayerischen Landtags vermutlich die größte Herausforderung, dem etwas entgegenzusetzen. Bei welchen Punkten würden Sie sich wünschen, gemeinsam stärker anzufangen? Wir haben ja

festgestellt und von Frau King auch erfahren, das mit den Schuldzuweisungen funktioniert nicht so richtig. Wo setzen wir an?

Ilse Aigner: Ich glaube, Politik lebt wirklich davon, immer und immer wieder zu erklären, wie und weshalb Entscheidungen letztendlich getroffen werden. Das ist das A und O und in diesem Bereich nicht mit Schwarz oder Weiß zu erklären. Deshalb bin ich um jede Kollegin und jeden Kollegen sehr froh, wenn sie nach draußen gehen. Wir tun dies auch vonseiten des Präsidiums, wir versuchen Demokratie mit Orten der Demokratie zu erklären, wir fahren mit unserem Bayerischen LandTruck raus, weil nicht alle in den Landtag kommen können, wir gehen auch in Schulen.

Ursula Münch: Aber sind denn Politiker per se gute Erklärer?

Ilse Aigner: Ich hoffe es. Also, wohl nicht alle und auch unterschiedlich stark ausgeprägt.

Ursula Münch: Das war jetzt auch gar nicht böse gemeint, aber es sind Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker. Ich habe viele Kolleginnen und Kollegen in der Wissenschaft, die so ziemlich alles können, außer gut erklären.

Ilse Aigner: Doch. Es gibt einen Vertrauensvorschuss; denn wer sich schon einmal einer Wahl gestellt hat, egal auf welcher Ebene, hat bewiesen, dass er Menschen von seinen Ideen, seinen Vorstellungen und seiner Person, wie auch immer, überzeugen kann. Deswegen würde ich jetzt sagen, die können das, natürlich in unterschiedlichen Ausprägungen, das ist unbestritten – aber ja, sie können das.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir aufpassen und überlegen müssen, was die Alternative sein könnte. Wir haben heute auch über autokratische Systeme gesprochen. Natürlich wird bei einem autokratischen System schnell entschieden. Irgendwelche Dekrete werden unterschrieben. Wenn man in einem autokratischen System jedoch auf der falschen Seite sitzt, auf der es keine Möglichkeit gibt, etwas mit echten Wahlen, also nicht nur mit Scheinwahlen ohne eine wirkliche Opposition, zu verändern, dann merken Sie erst einmal, was sich verändert. Hier, glaube ich, muss man immer wieder ein Gegenbeispiel anbringen. Vor Kurzem waren wir beim Ludwig-Erhard-Gipfel. Hier hat Joachim Gauck die demokratischen Errungenschaften, die er miterleben durfte, mit einem Korb verglichen: unser Grundgesetz, in dem unsere Grundrechte und die Meinungsfreiheit gesichert sind, die Reisefreiheit und die Teilung der Gewalten.

Das finde ich sehr schön. Wir nehmen dies als Selbstverständlichkeiten hin. Man muss immer wieder in andere Länder schauen. Es gibt leider sehr viele Länder, die es mittlerweile anders haben, bei denen man das Gegenbeispiel sehen kann. Ich finde, dass unsere Kolleginnen und Kollegen alle wirklich gut erklären und wir darauf sehr stolz sein können.

Ursula Münch: Aber jetzt seien Sie mir nicht böse, Frau Aigner, wenn alles so gut wäre, hätten wir uns ja den heutigen Abend sparen können.

Ilse Aigner: Wie heißt es so schön? Nichts ist so gut, dass man es nicht immer noch besser machen kann.

Ursula Münch: Aber wir sprechen doch über eine Demokratiekrise. Und wir reden nicht nur darüber, sondern nehmen diesen Vertrauensverlust ja wahr, etwa durch die Wahl einer Partei, die zumindest ein nennenswerter Teil der Öffentlichkeit nicht für seriös oder nicht für demokratisch hält, auch wenn sie demokratisch gewählt ist. Es gibt ja schon Krisensymptome, es scheint also nicht so ganz hundertprozentig zu klappen. Oder ist es nur so, dass es bei den anderen nicht klappt?

Ilse Aigner: Nein. Ich denke, wir haben einiges zu tun. Deshalb hatte ich das heute bewusst angesprochen. Es ist gut, dass eine Wahl erfolgt ist und dass die Probleme, die offensichtlich vorhanden sind oder als solche empfunden werden, gelöst werden können. Ich denke, es gibt die Erwartungshaltung, dass Politik nicht nur redet, sondern auch irgendwann umsetzt. Das ist die eigentliche Bewährungsprobe für die jetzige Regierung. Das tun wir auch in Bayern. Als Beispiel nenne ich, dass wir gestern wieder ein Entbürokratisierungspaket auf den Weg gebracht haben. Es wird von uns erwartet, dass wir dann, wenn wir Probleme erkannt haben, auch Lösungen umsetzen. Hierüber müssen wir vielleicht auch mehr sprechen, auch das gehört zur Wahrheit. Vielleicht wird man künftig auch wieder mehr reden.

Ursula Münch: Ich hatte neulich eine Gesprächssendung im Rundfunk. Es kam eine Nachfrage eines Hörers oder einer Hörerin, weshalb Politiker oder Regierungsvertreter eigentlich immer so viel selbst erklären müssen, die hätten doch ihre Sprecher und sollten doch lieber Politik machen. Hierüber war ich, ich gebe es ehrlich zu, ganz kurz sprachlos, weil das zunächst ein einleuchtendes Argument ist: Also, Stefan Kornelius, das ist der neue Regierungssprecher, soll in der Öffentlichkeit erklären und Herr Merz soll regieren. Ist das eine vernünftige Arbeitsteilung? Was meinen Sie?

Ilse Aigner: Nein. Natürlich müssen Politikerinnen und Politiker erklären, vielleicht auch in Talkshows. Mir persönlich ist es natürlich recht, wenn dies im Parlament geschieht und übertragen beziehungsweise verbreitet wird. Das kann aber auch im Gespräch vor Ort sein, beim Einkaufen, beim Sport, am Stammtisch, in den Schulen oder wo auch immer, wo man mit Menschen ins Gespräch kommt. Hier müssen Politikerinnen und Politiker erklären können, das können sie nicht auf Sprecher delegieren. Auch dafür sind Politikerinnen und Politiker gewählt, dass sie selbst erklären, und dafür haben sie von den Bürgerinnen und Bürgern auch das Vertrauen bekommen.

Vera King: Ich möchte gerne noch zwei Punkte dazu sagen. Sie hatten vorhin gefragt, ob das für alle Menschen gleichermaßen gilt, dass sie in bestimmten Situationen misstrauisch werden. Ich hatte noch mal darauf Bezug genommen, dass Vertrauen etwas ist, was in der emotionalen Entwicklung der Menschen entsteht. Ich denke, dass es wichtig ist, sich dies klarzumachen. Vertrauensfähigkeit entsteht ja nicht daraus, dass immer alles schön und harmonisch ist, sondern indem schon Kinder die Erfahrung machen, in Krisensituationen und Konfliktsituationen robuste Partnerinnen und Partner zu haben, Eltern, die dies auffangen und aufgreifen können, nicht in dem Sinne, dass alles schön ist, sondern indem Kinder sich sicher fühlen können, auch in der Entgegensetzung, im Konflikt, im Streit, in der Wut, im Zorn und so weiter. Das ist etwas ganz Wichtiges, wenn man über Vertrauen spricht, dass man nicht Bilder davon hat: Hier ist die harmonische Welt des Vertrauens und dort geht es drunter und drüber. Die Politik muss diese Konfliktfähigkeit aufgreifen und sich darin als kompetent erweisen. Hier spielt das Erklären eine Rolle. Es geht um die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, in der Auseinandersetzung mit anderen konstruktiv Konflikte bearbeitet und gleichzeitig die Themen aufgegriffen werden, die den Leuten unter den Nägeln brennen. Das ist jetzt sehr allgemein, aber ich glaube, dass es sehr wichtig ist, sich nicht in eine Harmonievorstellung hineinzudenken.

Das andere, das ich eigentlich auch bei diesem Regierungswechsel sehr schön fand, war, dass es dabei auch um symbolische Momente geht. Vertrauen ist ein Gefühl, und es geht darum, sich auch mit dieser Gesellschaft als Demokratie zu identifizieren. Ich fand es eigentlich sehr gelungen, dass in diesen ganzen krisenhaften Entwicklungen betont wurde, natürlich auch vor dem Hintergrund der Entwicklung in den USA, wie der Regierungswechsel auch als Wechsel funktioniert. Beim ersten Wahlgang hat es nicht sofort funktioniert. Dann aber hat es funktioniert, weil es demokratische Regeln gibt. Der eine Kanzler geht, der neue Kanzler kommt, alle haben ihre Büros verlassen, die Ministerinnen und

Minister haben sich die Hand geschüttelt. Diese ganze symbolische Praxis der Demokratie, dass sich alle an Regeln halten als etwas Drittes, das ist so wertvoll. Ich glaube, dass man das nicht oft genug betonen kann. Das ist viel wichtiger als zu sagen, dass man dieser Politikerin oder diesem Politiker vertrauen kann.

Ursula Münch: Sie haben schon wieder einen solch wunderbaren Begriff geprägt, nämlich die »symbolische Praxis der Demokratie«, womit Sie nicht meinen, dass das reine Symbolik ist, sondern dass diese Abläufe, auch die Symbole der Verabschiedung und der Amtseinführung, dass diese Prozesse sehr wichtige Effekte haben, die uns auch Vertrauen geben.

Ilse Aigner: Es funktioniert. Hierzu kann man wieder nach Amerika schauen. Das glatte Gegenteil war ja vor vier oder viereinhalb Jahren zu sehen, als eine Wahl nicht akzeptiert und das Kapitol gestürmt wurde. Das ist etwas, was das Vertrauen in die Politik bei mir zutiefst gestört hat. Mir gefallen auch nicht alle Wahlergebnisse, aber ich muss sie akzeptieren. Und genauso hat das der bisherigen Regierung vielleicht auch nicht gefallen, aber sie haben die Regierungsgeschäfte mit großem Anstand übergeben. Das gehört zur Politik, dass es auch mal einen Machtwechsel gibt und dass man dann mit Anstand und Würde in einem ordentlichen Rahmen übergibt und sagt, dass es weitergeht. So funktioniert Demokratie. Dieser Wechsel war orchestriert und hat funktioniert. Das war, finde ich, ein sehr wichtiges Signal.

Ursula Münch: Das ist doch eigentlich wieder ein ganz positives Ergebnis, Frau King?

Vera King: Absolut.

Ursula Münch: Wir haben an dieser Stelle, ohne die Probleme beschönigt zu haben, den einen oder anderen Punkt, in dem die Ursachen tatsächlich liegen, meines Erachtens ganz gut identifiziert, haben nicht beschönigt, dass es Probleme gibt, stellen fest, dass Politik natürlich den Menschen das Gefühl geben muss, Kontrolle zu haben, dass der Staat handlungsfähig ist, er Menschen individuell hilft, sich als Kontrolleure ihres eigenen Lebens wahrnehmen zu können. Das gelingt mal besser, mal schlechter und in Krisenzeiten vielleicht ein bisschen schlechter, das ist unbestritten. Aber dass wir diese Funktionszuweisung im Großen und Ganzen als funktionierend oder beglückend betrachten können und wir diese politischen Praktiken haben, die im Bayerischen Landtag und im Bundestag vollzogen und von beinahe allen eingehalten werden, das hat doch in dieser Berechenbarkeit etwas unheimlich Beruhigendes. Insofern hatten wir

einen etwas krisenhaften Titel gewählt, und ich bedanke mich ganz herzlich für den Austausch, den ich sehr genossen habe und Sie hoffentlich auch. Und jetzt darf ich mich in einem Schlusswort an die Präsidentin bedanken für die Einladung in den Bayerischen Landtag und zu etwas, zu dem aber bitte Sie einladen.

Ilse Aigner: Das mache ich sehr gerne. Frau Prof. Münch, Frau Prof. King, vielen herzlichen Dank für die Diskussion. Ich glaube, das darf ich auch im Namen der Anwesenden sagen. Nun würde ich den Gegenpunkt setzen, dass man nicht ChatGPT befragt, was man jetzt tun soll, sondern die Gelegenheit nutzt, an den Tischen mit dem Gegenüber direkt zu reden und die Argumente in einer lebhaften Diskussion an einem schönen Abend auszutauschen. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Dankeschön.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Prof. Dr. Vera King und Prof. Dr. Ursula Münch während der Diskussion (von links).



Prof. Dr. Vera King, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtags, Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing (von links).

Akademiegespräche im Landtag

Vera King
Ilse Aigner

Vertrauen als Wagnis und als Ressource

Erodiert ein Grundpfeiler unserer
Demokratie?

Veranstaltung vom 14. Mai 2025

Akademie für Politische Bildung
Tutzing 2026

ISBN: 978-3-9821033-6-5

Kontakt

Dr. Thomas Schölderle

Publikationsreferent
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
t.schoelderle@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

@ 2026 Akademie für Politische Bildung

Klimaneutraler Druck
Printed in Germany

